

Aufforderung

zur

Bildung eines demokratischen Wahlvereins auf Grund eines neuen Programm = Entwurfs.

An die aufrichtige Demokratie.

Das am Schluß der Kammeression von einigen Personen erlassene Wahlprogramm eines damals noch nicht existirenden und jetzt noch in der Bildung begriffenen sogenannten Fortschrittsvereins hat bei den preussischen Demokraten im Anfange einigen Anklang gefunden, weil das Programm die Wahl entschieden liberaler und gesinnungstüchtiger Männer in Aussicht stellte.

In neuester Zeit hat sich aber die beklagenswerthe Erscheinung gezeigt, daß die Mehrzahl des an der Spitze des Fortschrittsvereins stehenden Komitès sich einer verderblichen Halbheit und einer antidemokratischen, der Freiheit der Wahl am meisten gefährlichen, Ueberhebung (s. „Volkszeitung“ 226, 230, 234) juneigt, daß überhaupt der ganze Verein einen so lauen und unentschiedenen Charakter entwickelt, daß man mit Recht die gothaische Partei als die eigentliche Mutter desselben betrachten muß.

Unter diesen Umständen ist natürlich auf einen segensreichen Einfluß des Fortschrittsvereins auf die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen nicht zu hoffen, und es hat sich deshalb eine Anzahl von Männern vereinigt, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß Preußens Heil nur gesichert werden kann, wenn die in dem preussischen Volke enthaltenen, entschieden demokratischen, Elemente wachgerufen und bei der Wahl in Thätigkeit gesetzt werden. Diese der Volkspartei angehörigen Männer sind deshalb zusammengetreten, um einen demokratischen Wahlverein zu gründen, dessen Aufgabe es sein soll, auf die Wahl von solchen Abgeordneten hinzuwirken, welche als entschiedene Anhänger der Volkspartei erprobt und zugleich durch ihre unabhängige Stellung und politische Bildung befähigt sind, die Rechte des preussischen Volkes mit Energie und Erfolg wahrzunehmen.

Ihre politischen Grundsätze sprechen sie hierdurch in folgendem Wahlprogramme aus, welches dem neuen Vereine als Entwurf vorgelegt werden soll.

„Sie wollen ein Königthum, getragen von einem gleichberechtigten, durch das verfassungsmäßige Fundamentalgesetz gesicherten Volksthum; sie wollen kein persönliches, zum Absolutismus zurückführendes Regiment, keine Kabinettsregierung, keine willkürliche Ministerialregierung, sondern eine streng verfassungsmäßige, die stete Mitwirkung der Volksvertretung sichernde Regierung.

Zur Erreichung dieses Zweckes fordern sie den ungesäumten Ausbau der Verfassung im demokratischen Sinne und Beseitigung aller mit dem Geiste desselben im Widerspruch stehenden Bestimmungen, welche eine zehnjährige Reaktion mit Unterstützung der schwachen Gothaer hineingebracht hat.

Sie erkennen es als eine der allernächsten und dringendsten Aufgaben der neuen Legislatur an, eine durchgreifende Reform des Herrenhauses herbeizuführen. Sie erwarten, daß diese Reform durch einen großen Pairschub ermöglicht, daß demnächst das Gesetz vom 7. Mai 1853 auf verfassungsmäßigem Wege aufgehoben werde und die Bestimmungen der Verfassungs-

urkunde über die Bildung der ersten Kammer wiederhergestellt werden.

Sie fordern dringend ein endgültiges, das Dreiklassensystem ganz beseitigendes und eine Gleichberechtigung aller Wähler, so wie die Abstimmung durch Stimmzettel, wieder herstellendes Wahlgesetz.

Sie halten eine strenge und konsequente Durchführung der Bestimmungen der Verfassungsurkunde über die Gleichberechtigung aller Preußen vor dem Gesetze, über die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Vereinigung der Religionsgesellschaften, über Gleichberechtigung der Befenner der verschiedenen Religionen, über die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, sowie des Vereinigungs- und Versammlungsrechtes, endlich über die Voranschlagung der Staatseinnahmen — für durchaus nothwendig — wenn endlich der durch die Verfassung mit der Krone geschlossene Pakt zur vollen Geltung gelangen soll.

Sie erwarten den endlichen Erlaß der verschiedenen in der Verfassungsurkunde verheißenen Gesetze, insbesondere eines auf demokratischen Prinzipien beruhenden Unterrichtsgesetzes, eines Gesetzes über die Civilehe; ferner über das Kirchenpatronat, über Ertheilung oder Verweigerung von Korporationsrechten, und vor allen über die Ministerverantwortlichkeit; ferner die vollständige Befreiung der Presse, Freiheit der Gewerbe, des Handels und der Industrie, Aufhebung aller ständischen Körperschaften, Reform der den Schutz der persönlichen Freiheit betreffenden Gesetzgebung, insbesondere Beschränkung der Untersuchungshaft auf die allerdringendsten Fälle und auf eine gewisse Zeitdauer, Aufhebung aller Ausnahmegerichte, namentlich des Staatsgerichtshofes, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte und der Disciplinargerichtshöfe, der **Militärgerichtsbarkeit**, eine durchgreifende Revision der Strafgesetzgebung und Wiederherstellung der ursprünglichen Kompetenz der Schwurgerichte in politischen und Preßprozessen, und endlich eine demokratische, den Gemeinden die Selbstverwaltung übertragende Gemeindeordnung.

Sodann verlangen sie Einrichtungen zur Heranbildung der preussischen Jugend zur Wehrtüchtigkeit außerhalb des stehenden Heeres, Aufrechthaltung des Instituts der Landwehr, **Vereidigung aller Offiziere und Unteroffiziere auf die Verfassung** und schnelle Reduktion des Militär-Etats auf einen den finanziellen Kräften des Staats entsprechenden Betrag.

In Bezug auf die äußere Politik bringen sie auf ein der Ehre und der Machtstellung Preußens entsprechendes, energisches und konsequentes Auftreten der Regierung und auf schleunige Lossagung von dem zu Unrecht bestehenden Bundestage.

Das große Werk der Einigung Deutschlands zu einem großen politischen Gemeinwesen unter Preußens Führung halten sie für ein erst später zu erstrebendes Ziel. Die nächste vorbereitende Aufgabe ist, durch die

oben ange deuteten Verbesserungen im Innern die Sympathien der deutschen Brudervölker in ihrem ganzen Umfange zu erwerben. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, dann wird das deutsche Volk auch kein Opfer scheuen, sondern Gut und Blut daran setzen, ein einheitliches Deutschland mit preussischer Spitze zu konstituieren.“

Mit diesem Programm treten die Männer, welche einen demokratischen Wahlverein gründen wollen, vor Euch, Ihr Urwähler! die Ihr der Volkspartei angehört. Macht dieses Programm zu dem Eurigen und schaaert Euch zusammen, um endlich nach fast 13 Jahren die vollständige Ausführung der Verfassung in der nächsten Legislatur-Periode durch geeignete Repräsentanten herbeizuführen.

Wählet Männer zu Euren Vertretern, deren Vergangenheit Bürgschaft dafür gewährt, daß sie im streng demokratischen Sinne für den Ausbau der Verfassung, für eine gedeihliche innere Entwicklung des preussischen Staates und, wenn bereinst die rechte Zeit und Stunde gekommen sein wird, auch für Deutschlands Einheit ohne Furcht und Scheu mit voller Hingebung wirken wollen und werden.

Hütet Euch vor den Männern, denen ein bequemer Stillstand als Fortschritt gilt, vor den sogenannten halben Fortschrittsmännern, die zum großen Theil zu den unglückseligen Gothaern, an deren Stelle wir die Feudalen oder die Konservativen vorziehen, weil sie bestimmter auftreten und als offene Feinde der Demokratie leichter und schneller zu besiegen sind, — zum Theil auch zu den blaffen oder gothaisirten Demokraten gehören.

Hütet Euch vor den Leuten, die mit dem Mittel des Zuschauers, mit der Verleumdung ihren Gegnern zu schaden suchen, lasset Euch nicht von jenen Agitatoren leiten, welche trotz ihrer demokratischen Mäntel sehr große Gothaer sind, zeigt Muth und Entschlossenheit bei den Wahlen und macht Euch von jener Behäbigkeit los, welche immer in die Zusammengehörigkeit der Partei störend eingreift und an der Wahlurne einem Verbrechen an den Volksrechten gleich zu achten ist.

Wir bitten Euch, die aufrichtigen und entschiedenen Demokraten, welche sich uns anschließen wollen, ihre Beitritts-Erklärungen uns **schriftlich** gefälligst und schnellstens unter Adresse: Elisamter, 30 Viktoriastraße, zukommen zu lassen.

Für die vom Glück minder begünstigten Gesinnungsgenossen bemerken wir, daß keinerlei Beitrag erhoben wird.

Seiner Zeit werden wir die Einladungen zur ersten konstituierenden Versammlung per Stadtpost oder durch die Zeitungen ergehen lassen.

Nur diejenigen Demokraten, die schriftlich (auf mündliche Erklärungen wird keine Rücksicht genommen) ihren Beitritt zu dem Vereine auf Grund des vorgebrachten Programm-Entwurfs vorher erklären, werden eingeladen. Gäste haben keinen Zutritt.

Das Gründungs-Comité des demokratischen Wahlvereins.

J. A.: Elisamter.